

Teilsynode der EKD in Berlin-Spandau

18. Oktober 1968

Einzelinformation Nr. 1147/68 über die Synode der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD), Regionaltagung West, in Westberlin-Spandau, in der Zeit vom 6. Oktober 1968 bis 11. Oktober 1968

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 1599, Bl. 1–28 (4. Expl.).

Serie

Informationen.

Verteiler

Verner, Barth (über HA XX/4) – MfS: Schröder/HA XX/4, Ablage.

Datum

Zusätzlicher Datumseintrag vom 21.10.1968.

Anlage 1: »Zwei Flugblätter der ›Kritischen Synode«.

Anlage 2: »Vorlage der ›Kritischen Synode« zum Thema des Ausschusses 4«.

Anlage 3: »Antrag des Ausschusses 4 ›Zukunft der Kirche – Zukunft der Welt«.

Anlage 4: »Antrag des Ausschusses 4c) ›Der Dienst der Kirche in den Gliederungen der Gesellschaft«.

Anlage 5: »Antrag des kulturpolitischen Ausschusses«.

Anlage 6: »Wort der Jungen Generation«.

Anlage 7: »Stellungnahme der Jungen Generation zur Synode«.

Die Anlagen sind in der Ablage der ZAIG nicht überliefert.

Verweis

Information [1112/68](#).

Die regionale Tagung (West) der Synode der »EKD« fand vom 6. bis 11.10.1968 im Evangelischen Johannisstift ¹ in Westberlin-Spandau unter dem Thema »Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt« statt. (Die Tagung der Teilsynode DDR der »EKD« hatte in der Zeit vom 2. bis 4.10.1968 im Evangelischen Diakonissenhaus Halle als sogenannte Informationsberatung stattgefunden.)²

An der Tagung nahmen neben den 78 Synodalen, zu denen auch Bundesjustizminister D. Dr. Dr. Gustav *Heinemann*,³ Bonn, gehört, die Mitglieder des Rates der »EKD« sowie 26 Mitglieder der Kirchenkonferenz teil. Als Gäste waren u. a. erschienen:

- Präsident des Reformierten Weltbundes (Mitglied des Rates der »EKD«) Prof. D. Dr. Wilhelm *Niesel*,⁴ Königstein/Taunus;
- Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes, Dr. André *Appel*,⁵ Genf;
- Präsident Charles *Westphal*,⁶ Paris, Fédération Protestante de France;
- Präsident *Ottermann*,⁷ Präsident der Lutherischen Synode in Südafrika;
- Prof. Dr. Werner *Küppers*,⁸ Bonn, von der Alt-Katholischen Kirche in Deutschland als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen Deutschland;
- Weihbischof Dr. Paul *Nordhues*,⁹ Paderborn, als Vertreter der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz.

Die Tagesordnung sah folgende Punkte vor:

1. Bericht des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland – Landesbischof D. Hermann Dietzfelbinger, ¹⁰ München
2. Bericht des Diakonischen Werkes – Präsident Dr. Theodor Schober, ¹¹ Stuttgart
3. Hauptthema: Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt
 - a) Entwicklungsprobleme der Weltgesellschaft und Strukturprobleme der Industriegesellschaft. Referate:
 1. Entwicklungsprobleme zur Weltgesellschaft – Prof. Dr. Max Kohnstamm, ¹² Brüssel
 2. Strukturprobleme der Industriegesellschaft – Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn, ¹³ Essen
 - b) Die Weltverantwortung der Kirche in einem revolutionären Zeitalter (zugleich Thema des Referates) – Prof. D. Helmut Gollwitzer, ¹⁴ B
 - c) Perspektiven einer Kirche von morgen und die Chancen des Laien: Referate:
 1. Perspektiven einer Kirche von morgen – Prof. Peter Krusche, ¹⁵ München
 2. Chancen des Laien – Oberstudienrätin Dr. Elfriede Büchsel, ¹⁶ Hannover
4. Kirchengesetz über den Haushaltsplan und die Umlage der EKD für das Rechnungsjahr 1969 (West) – Vizepräsident D. Dr. Rudolf Weeber, Stuttgart
5. Bericht des Haushaltsausschusses über die Haushalts- und Kassenführung für das Rechnungsjahr 1967 und Entlastung durch die Synode ge Artikel 33 Abs. 3 der Grundordnung
6. Vorlage von Verordnungen des Rates der EKD
 - a) Verordnung über den Haushaltsplan und die Umlage der Evangelischen Kirchen in Deutschland für das Rechnungsjahr 1968. Vom 12. Oktober 1967, Amtsblatt der EKD 1967, Heft 12 Nr. 240.
 - b) Verordnung zur Änderung des Versorgungsgesetzes der Evangelischen Kirche in Deutschland in der Fassung vom 17. Februar 1961. Vo 10. Juni 1968, Amtsblatt der EKD 1968, Heft 7 Nr. 196.

Schwerpunkt des ersten Beratungstages war der mündliche Rechenschaftsbericht des Ratsvorsitzenden der »EKD«, Bischof Dietzfelbinger, München. Er führte u. a. aus: Seit 20 Jahren habe die Evangelische Kirche in Deutschland angefangen, sich um eine politische Verantwortung in Ost und West zu bemühen. Wie das Geistliche und das Organisatorische einander bedingten und nicht voneinander getrennt werden könnten, wie Ordnung und Leben zusammengehörten, das habe sich auch in der »EKD« gezeigt. Der Ratsvorsitzende erinnerte an die Fürstenwalder Erklärung,¹⁸ in der die Synodalen aus der DDR bei der letzten Synode im April 1967 die Einheit der »EKD« bekräftigt hätten, in der aber auch erklärt worden sei: »Wir tragen füreinander Verantwortung; darum dürfen wir uns nicht loslassen. Wir haben kein Recht, uns gegenseitig zu bevormunden. Wir dürfen nicht den Versuch machen, einer den anderen zu beherrschen. Wir werden uns gegenseitig so weit freizugeben haben, dass wir unserem Auftrag in dem Teil Deutschlands, in dem wir leben, gerecht werden. Das erfordert von allen Kirchen in der EKD, dass sie in ihren Entscheidungen immer wieder auf die anderen Rücksicht nehmen ...« Schon in den letzten Jahren habe jeder Teil in seinem Bereich nötige Entscheidungen in voller Freiheit treffen können. Seitdem die neue Verfassung der DDR auch die staatsrechtliche Lage für die Kirchen dort verändert habe, sei der vorhandene Druck stärker geworden. Erneut hätten verschiedene DDR-Politiker in den letzten Tagen »mit aller Klarheit« eine Absage an die »EKD« ausgesprochen. Es dürfe aber nicht übersehen werden, dass viele in der DDR die Nötigung auch kirchlich zu neuen Überlegungen empfänden. Es sei verständlich, »wenn unter Zwang von außen und auch unter Nötigung von innen« die acht Landeskirchen »drüben« nach der Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses suchten, von der auch in der Grundordnung der »EKD«, Art. 21, die Rede sei. Wie, falls dieser Zusammenschluss verwirklicht werde, das Verhältnis zur »EKD« sich ordnen lasse, sei noch nicht zu übersehen. Die Gespräche darüber seien noch nicht abgeschlossen.

Bischof Dietzfelbinger grüßte die Brüder und Schwestern, Gemeinden, Pfarrer und Kirchenleitungen in der DDR, »von denen wir eine Weile geschieden sind nach dem Angesicht, aber nicht mit dem Herzen. Wir versichern sie unserer Verbundenheit und bitten Gott, dass er die Gemeinschaft unter uns erhalte«. Zur Situation in der ČSSR¹⁹ sagte Dietzfelbinger: »Und in den letzten Wochen hat uns alle das Schicksal der Tschechoslowakei besonders bewegt. Mit Sorgfalt hat der Rat alle Vorgänge verfolgt. Zu den Vorgängen in der Tschechoslowakei haben wir bisher kein ausführliches Wort gesprochen. Die da und dort zu findende Illusion, dass die Welt friedlicher geworden sei, konnten sie uns nehmen. Die Kriegsereignisse im Nahen Osten 1967²⁰ ließen viele ihre Friedensgedanken umdenken, ebenso wie die Ereignisse in der Tschechoslowakei uns veranlassen könne zu prüfen, ob wir mit unseren Friedensgedanken die unheimlichen Strukturen dieser Welt wahr und tief genug erfassen.«

Im Verlauf seines Rechenschaftsberichts teilte Dietzfelbinger weiter mit, dass Bischof Lilje ²¹ als Nachfolger von Pastor Niemöller ²² einer der Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen geworden sei. Der Zwischenruf eines Teilnehmers. »Der Vorgänger war besser«, wurde von einigen Synodalen mit Beifall bedacht.

Ein Synodaler aus Schleswig-Holstein erklärte, er müsse feststellen, dass der Ratsvorsitzende eine Scheu habe, konkret zu sein. (Für diese Feststellung erhielt er starken Beifall.) Die Formulierung im Bericht seien zu diplomatisch. Man erhalte keine klare Stellungnahme des Rates der »EKD«. Es fehle die Willensbildung von unten. Die sei weder in Vorbereitung von Uppsala ²³ noch bei der Vorbereitung dieser Synode, wie auch vorhergehender Synoden, vorhanden gewesen. Nichts würde genau definiert werden, z. B. was ist Revolution, was ist Gewalt. Er habe den Eindruck, man halte sich zu sehr an die Leninsche Definition, es gebe viel mehr und verschiedene Gewaltanwendungen.

Wäre es nicht an der Zeit, ein Lehrbuch zu entwickeln über die Strategie der Gewaltlosigkeit? Es genüge nicht, mit den Leidenden zu leiden oder ihre Leiden nur erträglicher zu machen, man müsse Strukturen ändern. Der Laie würde in der Kirche noch nicht ernst genommen. Das werde sich auch nicht ändern, solange nicht Rechts- und Machtstrukturen in der Kirche verändert würden.

Nach den Ausführungen des Ratsvorsitzenden der »EKD« wurden Grußadressen verlesen, u. a. von Bischof *Beste*,²⁴ Schwerin, als Vorsitzenden der Bischofskonferenz der DDR. Grußansprachen hielten:

- Dr. André *Appel*, Genf; Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes,
- Präsident Charles *Westphal*, Paris, Fédération Protestante de France.

W. dankte für die Einladung und für die Unterstützung des französischen Protestantismus durch die »EKD«. Der Bericht des Ratsvorsitzenden habe ihn sehr beeindruckt. Er sei jetzt mit Freunden zwei Tage im Osten gewesen, (er meinte damit die Hauptstadt der DDR) und er habe dort mit einigen Leitern der Kirche gesprochen. Sie hätten ihn gebeten, der Tagung der Synode der »EKD« in Spandau herzliche und brüderliche Grüße zu überbringen. Er habe einmal mehr empfunden, wie monströs diese Teilung sei und dass man sich mit dieser Trennung innerhalb eines Volkes nicht abfinden dürfe.

- Weihbischof Dr. Paul *Nordhues*, Paderborn, überbrachte Grüße der Deutschen Bischofskonferenz und des Kardinals *Döpfner*.²⁵ Er dankte für die Einladung und brachte den Wunsch zum Ausdruck, dass die Einheit der »Evangelischen Kirche in Deutschland« erhalten bleiben möge.
- Prof. Dr. *Küppers*, Bonn, sprach für die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland, die seit März 1948 besteht.

In der Generaldebatte zum Bericht des Ratsvorsitzenden sprach u. a. Oberkirchenrat Dr. jur. Werner *Hofmann*,²⁶ München, über die Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer. Er erklärte, Angehörige der Bundeswehr, die während der Dienstzeit einen entsprechenden Antrag gestellt hätten, seien früher vom Dienst mit der Waffe freigestellt worden, bis ihr Antrag entschieden war. Diese Bestimmung sei seit kurzem aufgehoben. Daraus würden sich ungeheuerliche Gewissensbedrückungen ergeben. Würden sie die Waffen verweigern, würden sie zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Erwähnenswert ist das Auftreten einer Delegation von ca. 20 Theologiestudenten, die als Zuhörer auf der Tribüne saßen. Sie störten die Versammlung ständig mit Zwischenrufen und erreichten, dass am Abend des ersten Beratungstages eine sogenannte Fragestunde mit Ratsvorsitzenden stattfand. (Diese jungen Theologen sind Anhänger der sogenannten Kritischen Synode, die sich in Vorbereitung der Synode zusammengeschlossen hatten mit dem Ziel, gegen althergebrachte theologische Auffassungen aufzutreten.)

An dieser Veranstaltung der »Kritischen Synode« im Wichernhaus nahmen ca. 80 Personen teil, darunter ca. 20 Studenten. Im Mittelpunkt der Gespräche standen folgende Probleme:

- Kritik an der Predigt Bischof Dietzfelbingers beim Eröffnungsgottesdienst: Sie sei zu zeitlos und zu wenig gesellschaftsbezogen gewesen.
- Zur Einheit der »EKD«: Die organisatorische und rechtliche Einheit der »EKD« sei unhaltbar. Einige Teilnehmer behaupteten, dass eine Tendenz zur Liquidierung der DDR beim Festhalten an der Einheit der »EKD« vorhanden sei.
- Prof. Dr. Walter *Kreck*,²⁷ Bonn, sprach für die Anerkennung der DDR und lehnte das Festhalten an der Einheit der »EKD« ab. Er fordert die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, sprach gegen die Bonner Notstandsgesetze²⁸ und forderte eine klare Entscheidung gegen den Vietnamkrieg.
- Pfarrer Benjamin *Locher*,²⁹ Düsseldorf, Mitglied des Ausschusses zur Beratung der kirchlichen Gesamtsituation (Berichtsausschuss) erklärte, dass die Rechtseinheit Ost-West ein Problem sei. Vor 20 Jahren bei der Gründung sei die Einheit vielleicht gut gewesen. Heute müsste man anders handeln. Er erinnerte an die Nazizeit, wo der Staat auch in kirchliche Organisationsfragen eingegriffen habe. Das sei dann zu einer Substanzfrage geworden. Weiter führte er aus, dass Bischof *Schönherr*, Berlin, der sich in Fürstenwalde zur organisatorischen Einheit bekannt gemacht habe, jetzt nach Formen suche, die die »EKD« erneuern könnten. Dieses Problem müsse aber noch im Berichtsausschuss eingehend behandelt werden. Vermutlich würde es während dieser Synode nicht gelingen, neue organisatorische Strukturen zu schaffen.

Bischof Dietzfelbinger zeigte sich dieser Diskussion nicht gewachsen und wandte sich ständig hilfessuchend an Bischof Scharf,³⁰ Westberlin. Die Veranstaltung wurde beendet, ohne dass die Diskussionen zum Abschluss gebracht wurden.

Schwerpunkte des 2. Beratungstages (7.10.1968) waren die Referate von

- Prof. Dr. Max *Kohnstamm*, Brüssel; »Entwicklungsprobleme der Weltgesellschaft«,
- Prof. Dr. Karl-Heinz *Sohn*, Essen; »Strukturprobleme der Industriegesellschaft«,
- Prof. Dr. Helmut *Gollwitzer*, Westberlin; »Die Weltverantwortung der Kirchen in einem revolutionären Zeitalter«,

Prof. Dr. Max *Kohnstamm* (Leiter des Deutschen Büros im Auswärtigen Amt der Niederlande, stellvertretender Vorsitzender des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, Mitglied des Komitees für christliche Verantwortung für Europäische Zusammenarbeit) trat in seinen Ausführungen entschieden für ein stärkeres Mitwirken der »EKD« in politischen Fragen ein. Dabei unterbreitete er den Vorschlag, die »EKD« solle die Initiative zur Errichtung einer »Europäischen Ökumenischen Akademie«, nach dem Beispiel der Arbeit der evangelischen Akademie in der Bundesrepublik, ergreifen. Diese »Europäische Ökumenische Akademie« solle die Aufgabe übernehmen, die »europäischen Gemeinschaften« ideologisch festigen zu helfen und verstärkt auf die sozialistischen Länder Einfluss zu gewinnen. Wörtlich sagte er: »Die Türen dieser Akademie sollten für den Osten und den Süden offenstehen.« Auch für die Einflussnahme auf die Länder der »Dritten Welt« würde die Akademie von großer Bedeutung sein.

Zur verstärkten Einflussnahme auf die »Entwicklungsländer« schlug Prof. *Kohnstamm* vor, die »EKD« solle die Aufnahme in die »Internationale Arbeitsgemeinschaft für sozialökonomische Entwicklung« (Coopération internationale pour le Développement socioéconomique [C.I.D.S.E.] in Brüssel)³¹ beantragen, um die anderen Mitgliedskirchen des Ökumenischen Rates der Kirchen ebenfalls dazu zu bewegen und eine Einheitsfront mit der katholischen Weltkirche auf diesem Gebiet herzustellen.

Der politische Dienst der Kirche würde nach seiner Meinung darin bestehen, zur Kommunikation, zum Dialog zu erziehen und die Polemik zu verachten. Die Polemik sei unchristlich.

Vertreter der außerparlamentarischen Opposition, der »Kritischen Synode«, erklärten in einem Flugblatt zum Referat von Prof. Kohnstamm: »... Abstrakt und allgemein ist es, politischen Dienst der Kirche als Erziehung zur Kommunikation, zum Dialog zu erklären, die Polemik aber als unchristlich zu verteufeln. Mit solchen Vokabeln werden die wahren Fronten verschleiert und wird die falsche Ideologie von Volksgemeinschaft auf internationalen Maßstab übertragen. Wie stellt sich Herr Kohnstamm im internationalen Klassenkampf den Dialog zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten vor?«

Prof. Dr. Karl-Heinz Sohn (Vorstandsmitglied des Krupp-Konzerns, Inhaber des volkswirtschaftlichen Lehrstuhls an der Sozialakademie Dortmund) führt u. a. aus: Zu den Eigenarten der Strukturwandlungen gehöre auch das relativ stärkere Anwachsen der Großunternehmen zu Lasten der Klein- und Mittelbetriebe ... Stärker als bisher dürfte demnächst das Großunternehmen die Gesellschaftsstruktur beeinflussen. Als »Motor des Fortschritts« werde es sich nicht nur der allgemeinen Entwicklung anpassen, sondern diese in seinem Sinne zu beeinflussen versuchen. In Zukunft dürften unmittelbar wie mittelbar wesentlich mehr Menschen von Großunternehmen abhängen als bislang. Die Rechtfertigung dieser Entwicklung durch Prof. Sohn zeigte sich weiter in seiner abwertenden Stellung zur Rolle der Arbeiter. Dabei erklärte er u. a.: »Jeder Versuch, den Einzelmenschen voll verantwortlich in Entscheidungen einzubeziehen, würde das empfindliche Räderwerk des Unternehmensmechanismus stören.«

Auf die Bildungspolitik eingehend führte er aus, sie habe bisher in der Bundesrepublik vollkommen versagt, auch die Kirche versage, wenn sie sich nicht radikal der wissenschaftlich-technischen Revolution zuwende und sie auch in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen und Erfordernissen bejahe, wobei Sohn die Beibehaltung der imperialistischen Grundlagen und die Festigung des staatsmonopolistischen Kapitalismus voraussetzte.

In seinem Referat »Die Weltverantwortung der Kirchen in einem revolutionären Zeitalter« wandte sich Prof. Dr. Helmut Gollwitzer/Westberlin (wird eingeschätzt als scharfer Kritiker des Kapitalismus, lehnt sich an die Thesen der antisozialistischen und revisionistischen Kräfte in der ČSSR an und gilt als Verfechter der Ansichten von einem »besseren unbürokratischen Sozialismus«) gegen alle konservativen Traditionen, Gewohnheiten und Auffassungen der Kirche und plädierte für eine »Theologie der Revolution«.³² Diese »Theologie der Revolution« stellte er dem »bürokratischen Sozialismus« gegenüber und sprach von den heutigen Zwangsgesellschaften in Ost und West«, die beide die Weichen von der Demokratie zur Technokratie gestellt hätten. Die Frage der besseren Gesellschaft dürfe nicht den Marxisten überlassen werden. Die Christen müssten erkennen: »Das Evangelium vom Reich Gottes hält uns selbst dazu an, im Rahmen unserer jetzigen Bedingungen um Verbesserungen uns zu bemühen nach dem Maße, das uns das Reich Gottes gibt; also um etwas mehr Gerechtigkeit, etwas mehr Freiheit, etwas mehr brüderliches, friedliches Zusammenleben der Menschen und Völker.« Für das Zusammenleben der Menschen in der Zukunft sei entscheidend, ob es gelänge, sowohl im Osten wie im Westen die Weichenstellung zurückzudrehen von der Technokratie zur Demokratie.

Im Zusammenhang mit seiner Äußerung, dass böse Mittel den Zweck verderben, wie die Geschichte des Sozialismus zeige, plädierte Gollwitzer vor allem für den »demokratischen Sozialismus« sowohl im Osten als auch im Westen. Der Sozialismus werde von den zwei Ausgangspunkten her zum kirchlichen Diskussionsthema werden.

Am Nachmittag des 7.10.1968 fand eine Pressekonferenz mit dem Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums Westberlin, Sepp Schelz,³³ statt. Den etwa 60 Journalisten und einer amerikanischen Kirchenjournalisten-Delegation standen als Beantworter zur Verfügung:

- Bischof *Scharf*, Westberlin,
- Präsident der Kirchenkanzlei der »EKD« *Hammer*,³⁴ Hannover,
- Oberkirchenrat *Wilkens*,³⁵ Hannover,
- Präsident des Diakonischen Werkes *Schober*, Stuttgart,
- Pfarrer Benjamin *Locher*, Düsseldorf.

Diese Pressekonferenz nahm folgenden Verlauf:

Eberhard Klages,³⁶ Redakteur der »Neuen Zeit«, DDR, richtete an Bischof Scharf direkt die Frage: »In der Diskussion am Abend des 6.10.1968 mit Studenten haben Sie erklärt: Die Rechteinheit der EKD sei ein entscheidendes Gut, um den Menschen in beiden deutschen Staaten zu dienen. Als ein Student daraufhin erklärte, dass die Tagung der Regionalsynode ein Wort an die Bundesregierung richten müsste, in dem sie die Bundesregierung auffordert, die DDR als Staat anzuerkennen, erfolgte von Ihnen keine Antwort. Wie stehen Sie zu dieser Frage?«

Antwort von Bischof Scharf: »In dieser Frage ist mein Standpunkt bekannt. Trotz meiner häufigen Erklärungen in meiner Zeit als Ratsvorsitzender ist mein Standpunkt aber immer wieder verfälscht worden. Die Rechtseinheit der EKD verstehe ich als kirchliches und menschliches Problem, nicht als politisches Problem. Damit war und bin ich in völliger Übereinstimmung mit Bischof Krummacher.³⁷ Die Frage der Einheit der EKD hängt nicht mit der Frage der Wiedervereinigung zusammen. In früheren Erklärungen zur Frage der beiden deutschen Staaten habe ich immer wieder gesagt: Als EKD gehen wir mit den beiden deutschen Staaten partnerschaftlich um, wir ordnen sie gleich und sind jederzeit bereit, ebenso wie wir einen Bevollmächtigten in Bonn haben, auch wieder einen Bevollmächtigten in Ostberlin zu ernennen. Ich möchte an dieser Stelle unsere Bereitschaft dazu erneuern. Aber als Kirche haben wir nicht staatsrechtliche Anerkennung auszusprechen. Wir haben auch die Bundesregierung nie als Regierung oder als deutsche legitime Regierung oder als *die* deutsche Regierung anerkannt. Ob die Anregung des Studenten am Abend des 6.10., die Bundesregierung sollte zur Anerkennung der DDR als Staat angeregt werden, den Berichtsausschuss beschäftigten wird, kann ich nicht sagen und weiß ich nicht. Ich möchte nicht in die Befugnisse des Berichtsausschusses und in die Arbeit der Synode eingreifen.«

Oberkirchenrat *Wilkens* erklärte auf eine Zwischenfrage eines Journalisten: »Es ist überspitzt, wenn man formuliert, dass ein förmlicher Beschluss der Synode zu dieser Problematik erwartet werde. Es ist sicher, dass darüber gesprochen werden wird, und zwar im Berichtsausschuss. Dazu ist der Berichtsausschuss schon gezwungen durch den Bericht des Ratsvorsitzenden, und zwar durch die Passagen, die sich auf das Verhältnis zu den Gliedkirchen in der DDR beziehen. Aber was der Berichtsausschuss dazu zu sagen haben wird, werden wir erst am Schluss der Synode bei der Berichterstattung durch den Berichtsausschuss hören.«

Auf die Frage eines Journalisten, welche Stellung zu den Erklärungen von Gerald *Götting*³⁸ in Erfurt bezogen wird, dass alle Versuche, die Einheit zwischen beiden Teilen der Kirche aufrechtzuerhalten, als revanchistisch und der Bonner Revanchepolitik dienend, bezeichnet werden, erklärte Scharf: »Das ist nicht nur ein Missverständnis von Götting. Diese Äußerung von Götting, die ja nicht neu ist, ist und bleibt mir ein Rätsel, da bin ich völlig ratlos. Das steht im Gegensatz zu allem, was wir durch Jahre hindurch in Bezug auf unser Verhältnis zu beiden deutschen Staaten gesagt haben.« (Dabei wandte sich Scharf direkt an Klages und sagte, dass er sich nicht scheue, von beiden deutschen Staaten zu sprechen.)

Eberhard Klages warf weiter folgendes Problem auf: Bischof Dietzfelbinger habe im mündlichen Bericht auf die Motivationen für die Gründung und Arbeit der Strukturkommission hingewiesen. Es sei vor allem der Zwang von außen, vom Staat, und die Nötigung durch den kirchlichen Schrumpfungsprozess. Im schriftlichen Bericht des Rates werde sogar von massivem staatlichem Druck gesprochen.

Hier ergriff der Kirchenkorrespondent der Springer-Zeitung »Die Welt«, *Zielinski*,³⁹ das Wort und versuchte, die Fragestellung abzuwürgen. Er sagte, dass nicht viel Zeit für die Pressekonferenz vorhanden sei und deshalb dürften nur kurze Fragen zugelassen werden und nicht solche langen Ausführungen wie die von Klages. Diesen Einwand wies Klages zurück mit der Bemerkung, dass ja viele ausländische, besonders amerikanische Gäste anwesend wären, die nicht den Einblick hätten. Klages richtete seine Frage dann an den Präsidenten der Kirchenkanzlei in Hannover, Hammer: »Wie kommt es, dass andere Motivationen nicht in dem Bericht – weder im mündlichen noch im schriftlichen – wenigstens registriert worden sind, so z. B. die Äußerung des dienstältesten Landesbischofs Mitzenheim,⁴⁰ dass Staatsgrenzen zugleich Kirchengrenzen seien und die einzigen Grenzen für kirchliche Organisationsmöglichkeiten darstellen. Mitzenheim hat das doch nicht unter Zwang gesagt, sondern sich etwas dabei gedacht. Das Gleiche trifft auf Prof. *Bassarak*⁴¹ und Prof. *Hanfried Müller*⁴² zu. Warum sind also nur negative Motivationen und nicht auch positive für den engeren Zusammenschluss der evangelischen Kirchen in der DDR als Schlussfolgerung aus der Tatsache, dass wir in einem Staat, der DDR, leben, angeführt worden? – Ein solches Verfahren ist eine Diffamierung der Arbeit und der Persönlichkeiten der Strukturkommission.«

Der Präsident der Kirchenkanzlei der »EKD« Hannover, *Hammer* antwortete darauf: »Von Diffamierung möge Klages nicht sprechen. Darauf will ich nicht eingehen. Die Formulierungen im schriftlichen Bericht des Rates der EKD an die Synode stammen von mir. Dazu möchte ich Stellung nehmen. Ich wollte mich bewusst auf die Probleme im Westen beschränken und habe über die Problematik der Gliedkirchen im Osten nur wenig gebracht. Als Motivationen für die Bildung der Strukturkommission habe ich deshalb bewusst nur das auslösende Moment angeführt, und das war im Berichtszeitraum der massive Druck des Staates. Gewiss gab es andere Motive, die schon früher geäußert wurden, aber im Berichtszeitraum war das auslösende Moment, wie ich schon sagte, der verstärkte Druck des Staates. Was Bischof Mitzenheim denkt, entspricht höchstens einem Prozent der Leute in der Kirche. Alle anderen 99 % denken anders als Mitzenheim.«

Auf die Frage eines Journalisten, wie die Formulierung, dass es sich auch um eine kirchliche Nötigung handele, gemeint sei, da man doch Nötigung nur negativ auffassen könne, sagte Hammer weiter: »Nötigung kann man verschieden auffassen. Die verstärkte Notwendigkeit kann man auch als Nötigung bezeichnen. Es muss also nicht nur negativ aufgefasst werden, wenn von innerer Nötigung gesprochen wird.«

Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz wurden Fragen an den Präsidenten des Diakonischen Werkes *Schober* gerichtet. Eine Frage lautete, warum die Gliedkirchen der DDR sich nicht an Hilfsaktionen für Biafra⁴³ beteiligten. Dazu erklärte Schober, dass er darauf nicht antworten könne, denn ihm sei dazu nichts bekannt. Er könne nur darauf hinweisen, dass die Hilfe für Vietnam auch in den Gliedkirchen in der DDR gut geklappt habe. Man habe sich, wie dies auch im schriftlichen Rechenschaftsbericht erwähnt wurde, so in die Aufgabenstellung geteilt, dass die DDR-Gliedkirchen für Nordvietnam gespendet hätten und die Gliedkirchen der Bundesrepublik für Südvietnam.

Während des 3. Beratungstages der Synode (8.10.1968) wurden Referate gehalten von

- Prof. Peter Krusche, Wildenroth: »Perspektiven einer Kirche von morgen«;
- Frau Oberstudienrätin Dr. Elfriede Büchsel, Hannover: »Chancen des Laien«.

Darin wurden im Wesentlichen innerkirchliche Probleme behandelt. Die anschließende Diskussion ergänzte die Ausführungen in den Referaten und enthielt keine politischen Aspekte.

Außerdem nahmen sechs Ausschüsse ihre Beratungen auf:

1. Ausschuss zur Beratung der kirchlichen Gesamtsituation (Berichtsausschuss);
2. Ausschuss für Diakonische Fragen;
3. Ausschuss für Kulturpolitik;
4. Ausschuss für das Hauptthema »Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt«
Unterausschüsse:
 - a) Weltgesellschaft und Industriegesellschaft
 - b) Weltverantwortung der Kirche
 - c) Kirche von morgen und Chancen des Laien
5. Haushaltsausschuss;
6. Eingabenausschuss.

Am Nachmittag fand eine weitere Veranstaltung der Vertreter der »Kritischen Synode« statt, an der ca. 40 Personen teilnahmen, u. a. Bischof Scharf, Westberlin, Prof. Sohn, Essen, Prof. Kohnstamm, Brüssel. Leiter der Veranstaltung war Pastor Niederstückel, Berlin-Spandau, der der »Kritischen Synode« angehört.

Niederstückel teilte u. a. mit, die »Kritische Synode« würde eine Vorlage erarbeiten, deren Inhalt den von Prof. Gollwitzer/Westberlin in seinem Referat unterbreiteten Vorschlägen entspreche. Er kritisierte weiter die Ausführungen von Prof. Sohn, die »alles andere als fortschrittlich« gewesen seien. Niederstückel führte an, Kirchentagspräsident von Weizsäcker⁴⁴/Ingelheim habe die Bitte der »Kritischen Synode« abgelehnt, für ihre Vertreter ein Hearing zu veranstalten. Daraufhin hätten die Vertreter der »Kritischen Synode« in einem Flugblatt zu einem öffentlichen Hearing aufgefordert.

Dieses Flugblatt, das auf den Plätzen der Synodalen abgelegt worden sei, wäre auf Weisung der Leitung der Synode wieder entfernt worden. Im Verlauf der Veranstaltung wurden Probleme erörtert, die in den Referaten der Synode bereits eine Rolle gespielt hatten, wobei mehrfach heftige Kritik an den Ausführungen der Referenten geübt wurde.

Nachdem auch am 4. Beratungstag der Synode (9.10.1968) die Beratungen in den sechs Ausschüssen fortgesetzt worden waren, berichteten die Ausschüsse am 10.10.1968 im Plenum über die Ergebnisse ihrer Arbeit.

In diesem Zusammenhang sind folgende erarbeitete Materialien bzw. Diskussionen von Bedeutung:

Kirchenpräsident von Weizsäcker/Ingelheim legte nach seinem Bericht zum Thema des Hauptausschusses »Die Zukunft der Kirche und die Zukunft der Welt« verschiedene Anträge der Unterausschüsse vor.

Im Antrag des Untersuchungsausschusses 4a) »Weltgesellschaft und Industriegesellschaft« wurde u. a. formuliert, alle Landeskirchen und Kirchengemeinden der »EKD« sollten ab sofort 2 % aller kirchlichen Haushaltsmittel zur Überwindung der Armut, des Hungers und der Not in der Welt bereitstellen (zusätzlich zu den für diese Aufgabe bereits ausgewiesenen Haushaltsmitteln). Der Betrag sollte bis 1975 auf 5 % gesteigert werden. Pfarrer, Älteste und kirchliche Mitarbeiter sollten auf diesem Gebiet Vorbild sein und ständig mindestens 1 % ihres Einkommens spenden.

Einstimmig wurde der Antrag des Untersuchungsausschusses 4a) II angenommen. Darin heißt es: »Der Rat der EKD wird gebeten, eine ständige Arbeitsgruppe der EKD für Entwicklungspolitik zu schaffen. Diese Arbeitsgruppe hat den Auftrag, Angelegenheiten der kirchlichen Mitverantwortung in der Entwicklungspolitik nach der grundsätzlichen und der praktischen Seite hin einschließlich der Bildung der öffentlichen Meinung zu bearbeiten. Sie dient den Organen und Amtsstellen der EKD zur sachverständigen Beratung in allen Angelegenheiten der Entwicklungspolitik. An dieser Arbeit sind die im Raum der EKD bestehenden Arbeitsstellen für Aufgaben der Entwicklungspolitik angemessen zu beteiligen, hier findet die praktische Arbeit dieser Arbeitsstellen auch die Ebene ihrer notwendigen Koordinierung. Besonderer Wert ist auf die Beziehungen zum Ökumenischen Rat der Kirche und zu den entsprechenden Einrichtungen der römisch-katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland (›Justitia et Pax‹) zu legen; eine Zusammenarbeit mit der von römisch-katholischer Seite gebildeten ›Internationalen Arbeitsgemeinschaft für sozialökonomische Entwicklung‹ (CIDSE) in Brüssel ist anzustreben. Die Arbeitsgruppe soll ein ständiges Sekretariat haben. Einzelheiten zur personellen Besetzung und zur Organisation der Arbeitsgruppe sowie die Zuordnung des Sekretariats zu den Amtsstellen der EKD regelt der Rat der EKD.«

Gleichzeitig wurde der Antrag des Arbeitsausschusses 4a) III über die Gründung eines kirchlich-sozialwissenschaftlichen Instituts angenommen. Zum Arbeitsbericht des Ausschusses 4 b) »Weltverantwortung der Kirche« ergaben sich u. a. folgende Hinweise aus der Diskussion:

- Es sei unbestrittenes Recht der Christen, politische Stellung zu beziehen, wobei das Wort der Kirche eine größere Reichweite habe als das der einzelnen Mitglieder.
- Die Kirche müsse Anwalt der Unterdrückten sein.
- Die Friedensfrage sei für uns Deutsche besonders wichtig. Allgemeines Gerede über Vietnam, Biafra, Atomsperrvertrag usw. sei billig; nur konkrete Aussagen könnten helfen.

In dem vom Ausschuss 4 zum Hauptthema der Synode »Zukunft der Kirche – Zukunft der Welt« vorgelegten schriftlichen Antrag heißt es u. a.:

»Misstrauen, Feindschaft und Hass wachsen in der Welt. Sie versperren den Weg zu einer Weltgesellschaft, in der in gemeinsamer Anstrengung die tödliche Bedrohung der Menschheit überwunden werden kann. Friede wird gewonnen, wenn einer nicht mehr ohne den anderen leben kann und will. Nur eine Weltgesellschaft gegenseitiger Abhängigkeit sichert die Zukunft ... Wichtig ist, dass die Christen dem politischen Handeln zu rechter Begründung ... verhelfen. Aus dem, was auf der Weltkirchenkonferenz in Uppsala⁴⁵ und auf anderen ökumenischen Konferenzen dazu gesagt worden ist, heben wir besonders hervor:

1. Christen sollen sich darum bemühen, dass gesellschaftliche Gruppen, die politischen Parteien und die Regierungen die Entwicklung zur Weltgesellschaft als den einzigen Weg begreifen, auf dem der Friede gewonnen und gesichert werden kann. Das muss in ihren Programmen und Aktionen Vorrang haben und sich etwa auch in der Deutschlandpolitik und der Rüstungspolitik praktisch auswirken.
2. Christen sollen jede Gelegenheit der Kommunikation und alle Mittel des Informationswesens benutzen, damit der provinzielle Horizont des Denkens und Handelns auf die Weltgesellschaft hin ausgeweitet wird. Mehr als bisher sollen auch die Kirchen und christlichen Gruppen ihre publizistischen Möglichkeiten in den Dienst dieser Aufgabe stellen.
3. Christen sollen sich bemühen, die Bedeutung der Einrichtungen internationaler Kooperation (wie UNO, UNESCO, FAO) in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Als Leitstellen des Zusammenwirkens einer kommenden Weltgesellschaft verdienen sie die Fürbitte der Christen in jedem Gottesdienst.
4. Christen sollen Konsequenzen daraus ziehen, dass uns im 20. Jahrhundert nicht mehr nur die soziale Sicherheit im eigenen Lande, sondern auch der soziale Weltfrieden aufgetragen ist. Das Missverhältnis zwischen Rüstungsausgaben und Entwicklungsmitteln ist unerträglich. Sie werden Verständnis dafür wecken müssen, dass in wachsendem Maße öffentliche Mittel für Aufgaben der Entwicklungspolitik aufgewendet werden müssen.

5. Christen sollen freiwillig einen angemessenen Prozentsatz ihres Einkommens zur Verfügung stellen. Ebenso sollen die Kirchen einen wachsenden Anteil ihrer Einnahmen bereitstellen. In den kirchlichen Haushalten soll eine neue Rangfolge der Prioritäten gelten ...«
Nach heftiger Diskussion – in der es vor allem darum ging, dass diese Einschätzung »der Situation und der Ratlosigkeit, in der wir uns befinden«, nicht entspräche – wurde dieser Antrag nicht angenommen. Erst eine zweite geänderte Fassung wurde am nächsten Beratungstag beschlossen. In weiteren Anträgen der verschiedensten Ausschüsse, die vom Plenum beschlossen wurden, heißt es u. a.:

- »Synode empfiehlt allen Gemeinden, sonntäglich neben den üblichen Abkündigungen an geeigneter Stelle des Gottesdienstes aktuelle Informationen, insbesondere über Entwicklungspolitik, mitzuteilen;
 - eine Arbeitsgruppe für Entwicklungspolitik zu bilden, deren Aufgabe es ist, in der Bundesrepublik ein entwicklungspolitisches Bewusstsein zu schaffen. (Umwandlung von Information in Aktion)«
 - (Formuliert vom Ausschuss 4c »Kirche von morgen und Chancen des Laien«)
 - »Die Bundesregierung wird dringend gebeten, ihre Dienste anzubieten (gemeint ist die Situation in Nigeria/Biafra) und alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um im Verein mit anderen Regierungen einen schnellen, dauerhaften und gerechten Frieden in Nigeria unter internationaler Kontrolle herbeizuführen.«
- (Formuliert vom Ausschuss für diakonische Fragen)

Im Antrag des Ausschusses für Kulturpolitik heißt es u. a.: »... Die Synode beauftragt den Rat, der Bundesregierung und der Ständigen Konferenz der Kultusminister die große Sorge vorzutragen, die sich angesichts der Lage des Hochschul- und Bildungswesens bewegt. Der Kulturföderalismus der Länder muss, soweit er eine sinnvolle Entwicklung hemmt, überwunden und die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes erweitert werden. Die Vorschläge und Empfehlungen des Wissenschaftsrates und des Deutschen Bildungsrates müssen ernsthaft geprüft und zielstrebig verwirklicht werden. Insbesondere sind rasch die gesetzgeberischen Grundlagen dafür zu schaffen, dass die Empfehlung des Bildungsrates zur Sicherung der öffentlichen Ausgaben für Schulen und Hochschulen bis 1975 realisiert werden kann. Die hier vorausberechnete unerlässliche Erhöhung der Bildungsausgaben der öffentlichen Hand von 11,3 Milliarden DM im Jahre 1965 auf mindestens 22 Milliarden DM im Jahre 1975 erfordert eine gründliche Überprüfung der Prioritäten in allen öffentlichen Haushalten. Die Synode beauftragt den Rat, eine umfassende Bestandsaufnahme in die Wege zu leiten über alle Studiengänge, Ausbildungsstätten, Lehrpläne und Lernmittel, die von der Kirche selbst getragen oder verantwortlich mitgestaltet werden. Daraus ist eine Gesamtkonzeption zu entwickeln, die zu gemeinsamen Schritten der Gliedkirchen in diesen Fragen führt ...«

Am Nachmittag des 10.10.1968 fand wiederum eine Pressekonferenz in Anwesenheit von Bischof Dietzfelbinger, München, Kirchentagspräsident von Weizsäcker, Präsident Hammer, Hannover, Oberkirchenrat Wilkens, Hannover, und dem Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums in Westberlin, Schelz, statt. Dabei wurden von dem Redakteur der »Neuen Zeit« in der DDR folgende Fragen gestellt:

- Wie beurteilen Sie die Vorschläge der »Kritischen Synode« zur Entwicklungshilfe?
 - Antwort von Weizsäcker: Die gestellten Fragen müssen aufgegriffen werden.
 - An Bischof Dietzfelbinger: Wie beurteilen Sie die »Kritische Synode«?
- Antwort Dietzfelbinger: Er habe sich gefreut über die offene Aussprache und sei auch zu weiteren Gesprächen bereit.

Auf eine Frage nach der Lage in den Landeskirchen der DDR sagte Bischof Dietzfelbinger: Die allgemeine Lage der evangelischen Landeskirchen in der DDR sei nicht viel anders als vor 1½ Jahren. Aber die staatsrechtliche Lage habe sich durch die neue Verfassung der DDR⁴⁶ geändert. Das habe Rückwirkungen auf die Überlegungen, die die Kirchen in der DDR anstellen müssten. Sie würden sich nach neuen Möglichkeiten umsehen müssen. Die Kirchenleitungen im Westen würden abwarten müssen, was aus der neuen Lage werde. Man werde Verbindung miteinander halten, so gut es geht, aber zugleich der anderen Seite die Freiheit der eigenen Entscheidung lassen. Der Ratsvorsitzende ließ die Frage offen, ob sich die Synode auf ihrer Abschlussitzung noch speziell zur Frage der Einheit der »EKD« äußern werde, bezeichnete es aber als möglich, dass die Synode sich im Blick auf die von ihm in seinem Rechenschaftsbericht angeschnittenen Fragen noch zur allgemeinen kirchlichen Lage äußern werde, wie es zu ihrer »Würde« gehört. Eine Stellungnahme zu den Beratungen der DDR-Strukturkommission sei vor Abschluss der Beratungen kaum zu erwarten.

Dem MfS wurde inoffiziell bekannt, dass sich Oberkirchenrat Wilkens/Hannover intern zur Lage der evangelischen Kirchen wie folgt äußerte: Die in der DDR erhobenen Vorwürfe, die »EKD« würde auf kirchenpolitischem Gebiet der Bonner Alleinvertretungsanmaßung entsprechen, entbehren jeder Grundlage. Den Männern, die in der »EKD« aktiv tätig seien, könne man auf keinen Fall nachsagen, dass sie Handlanger der Bonner Politik sind. Gerstenmaier⁴⁷ z. B. würde in der »EKD« überhaupt keine Rolle spielen. Er sei in dieser Organisation eine Null ohne jeden Einfluss. Die »EKD« habe nach Wilkens Meinung nach wie vor Sinn und Funktion, wenn er auch nicht so sehr die juristische Seite der Rechtseinheit betonen würde wie Bischof Scharf, Westberlin. Auf jeden Fall müsse zwischen den Kirchen in der Bundesrepublik und der DDR der menschliche und kirchliche Zusammenhang gewahrt bleiben. Die Situation könne sich ändern und der Dienst der »EKD« im Dialog, als Brückenfunktion usw. könnte wieder von Bedeutung werden. Es bestünde auch die Möglichkeit, dass Ost und West sich wieder einmal einander nähern und solche Ereignisse wie gegenwärtig in der Tschechoslowakei in den Hintergrund treten. Über den Verlauf der Synode in Halle war Wilkens genauestens informiert. Er stellte fest, dass die Ausführungen⁴⁸ von Gerald Götting auf dem Parteitag der CDU⁴⁹ in Erfurt und der Artikel von Staatssekretär Seigewasser⁵⁰ in der »Neuen Zeit«⁵¹ auf der Synode in Halle keine Rolle gespielt hätten, obwohl sie von großer Bedeutung seien. Auf der Synode in Westberlin hätten diese Ausführungen jedoch große Beachtung gefunden. Das Referat von Götting und der Artikel von Staatssekretär Seigewasser seien sofort hektographiert und leitenden Mitarbeitern der »EKD« und einer Reihe von Synodalen zur Verfügung gestellt worden. Dazu bemerkte Wilkens, dass der Weg von Erfurt nach Halle anscheinend weiter sei als der von Erfurt nach Westberlin. Zur Bildung eines »Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR« sagte Wilkens, dass es im West-Rat Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Satzung gegeben habe. Nach seiner Meinung müsste die Möglichkeit eingeräumt werden, dass einzelne Landeskirchen der DDR weiterhin der »EKD« angehören. Mit der Bildung eines »Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR« würden Funktionen der »EKD«-Synodalen immer mehr an Wert verlieren. Allerdings sei die Bildung dieses Bundes unabwendbar.

Zu den Ausführungen von Oberkirchenrat Lotz, Eisenach, auf dem CDU-Parteitag sagte Wilkens, dass 99 % der Kirchen in der DDR sowieso nicht hinter Lotz stünden. Dies wäre nicht einmal in der Landeskirche Thüringen der Fall. Er würde aber Lotz für viel zu klug halten, um hier einen Machtkampf zu entfalten. Er persönlich sei verärgert darüber, dass das »EKD«-Problem in der Westpresse so hochgespielt wurde. Im Rat der »EKD« sei man sehr daran interessiert, dass ihm keine Einmischung nachgesagt werden könne bei der Umstrukturierung der Kirchen in der DDR.

In einem weiteren internen Gespräch mit seinen engsten Mitarbeitern äußerte Wilkens, er habe Verständnis für die »Brüder im Osten«, dass sie aufgrund ihrer besonderen Situation nach einer neuen Form des Zusammenschlusses suchen. Trotzdem müsse es einen Zusammenhalt mit den Kirchen in Westdeutschland geben. Dabei müsse jedoch alles vermieden werden, was diesen Zusammenhalt einen politischen Aspekt geben könnte. Die Verbindungen sollten rein kirchlicher und menschlicher Natur sein.

Inoffiziell wurde dem MfS weiter bekannt, dass der Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums in Westberlin, Schelz, äußerte, die Reden von Götting und Oberkirchenrat Lotz auf dem Parteitag der CDU in Erfurt seien von den Synodalen in Westberlin aufmerksam verfolgt worden. Den Ausführungen wäre zu entnehmen, dass wieder mit einer Verschärfung der Lage zu rechnen sei.

Am 6. und letzten Beratungstag der Synode (11.10.1968) wurden weitere Arbeitsergebnisse der sechs Ausschüsse beraten und beschlossen (u. a. Antrag des Ausschusses 4c zur Entwicklungspolitik und zum Thema »Der Dienst der Kirche in den Gliederungen der Gesellschaft«; Debatte des kulturpolitischen Ausschusses über Notwendigkeiten zu neuen Strukturen des Bildungswesens der Bundesrepublik; Antrag des Ausschusses 4b zur Entwicklungshilfe).

Für den Berichtsausschuss der Synode sprach Propst Schutzka⁵²/Westberlin. Er führte aus, dass der Berichtsausschuss sich nicht nur mit dem Bericht des Rates der »EKD«, sondern auch mit der gesamtkirchlichen Situation befasst habe. Dabei sei man zu folgenden Auffassungen gelangt:

- Die Synode müsse sich während zukünftiger Tagungen mehr Zeit für die Diskussion der Berichte des Ratsvorsitzenden nehmen und eine intensive Generalausprache am Tag nach der Verlesung vorsehen;
- Prof. Raiser, Tübingen, und der Vorsitzende der Studentenpfarrerkonferenz, Pfarrer Aichelin, Tübingen, sollten mit Unterstützung des Rates »EKD« eine ausführliche Stellungnahme zur Unruhe der jungen Generation in der Bundesrepublik ausarbeiten;
- Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirche sollte weiter wahrgenommen werden durch Denkschriften, Studien, Predigten des Ratsvorsitzenden u
- im Dezember 1968 sollten in allen Kirchen die Pfarrer zu den Menschenrechten sprechen. Es sollten auch alle Publikationsmittel dieses The aufnehmen;
- der Rat der »EKD« sollte das Problem der Mischehen nicht von der Tagesordnung absetzen;

- der Rat der »EKD« wird gebeten, das Dilemma der Kriegsdienstverweigerung einer Klärung zuzuführen, da es auch durch den neuen Bundeswehrrlass nicht gelöst wurde;
- für die Ostpfarrerversorgung sei jetzt eine Regelung erreicht worden, wonach Pfarrer, die als Rentner aus der DDR in der Bundesrepublik ihr Lebensabend verbringen wollen, die gleichen Bezüge wie die westdeutschen Ruheständler erhalten. Das gelte auch für andere kirchliche Mitarbeiter;
- in der Kirchenkanzlei der »EKD« sollte ein hauptamtlicher Redakteur eingestellt werden, der speziell für die Informationen der Synodalen zuständig sein sollte.

Der Ausschuss habe sich weiter intensiv mit dem zukünftigen Weg der »Evangelischen Kirche in Deutschland« befasst. Bekanntlich gebe es unterschiedliche Meinungen »hüben und drüben«, ob auf der Synode überhaupt etwas zu dem weiteren Weg der »EKD« gesagt werden solle. Man sei zu der einhelligen Meinung gelangt, dass die Synode »Laut geben müsse«, allerdings so, dass man den »Brüdern und Schwestern drüben« keine Schwierigkeiten bereitet.

Anschließend verlas Propst *Schutzka* folgende Erklärung: »Die Synode wolle auf ihrer regionalen Tagung (West) die nachstehende Erklärung beschließen:

Erklärung

Die regionale Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland grüßt aus Berlin-Spandau die Brüder und Schwestern in Ost und West. Wir danken für die Gemeinschaft, die Gott uns geschenkt hat. Die Einheit unserer Kirche ist in Freiheit gewachsen. Jede Gefährdung dieser Einheit können wir nur erleiden. Unter dem Wort Gottes sind wir miteinander verbunden im Zeugendienst für den einen Herrn. Gott fordert von uns, diese Gemeinschaft immer wieder zu verwirklichen und darin nicht nachzulassen.

Wir wissen, dass die Kirchen in der Deutschen Demokratischen Republik nach Mitteln und Wegen suchen, ihren Dienst in den Gegebenheiten ihrer Situation auftragsgemäß und wirkungsvoll auszurichten. In diesem Bemühen sind wir ihnen nahe; denn unsere Kirchen und Gemeinden stehen vor der gleichen Aufgabe. Die Schwierigkeiten sind groß, die dabei zu überwinden sind; aber der Vorwurf politischer Abhängigkeit, der uns gemacht wird, entspricht nicht der Wahrheit. Wir bevormunden einander nicht, sondern sind frei, das zu tun, was unser Auftrag fordert. Wir sind gewiss, dass die Kirche, die ihrem Herrn gehorcht, damit ihre Einheit stärkt.«

Diese Erklärung erhielt starken Beifall und wurde bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Der Ratsvorsitzende der »EKD«, Bischof Dietzfelbinger, München, erklärte, dass der Rat der »EKD« dieses Wort in Dankbarkeit annimmt, auch im Blick auf die 20 Jahre des Bestehens der »EKD« und in der Sorge um den weiteren Weg. Der Rat ginge davon aus, dass die Brüder nach neuen Bedingungen suchten, um ihrem Auftrag gehorsam zu bleiben. Die Gemeinschaft der »EKD« sei auf Gottes Wort und das Sakrament begründet; darin bewähre sich ihre gemeinsame Freiheit.

Für die Vertreter der »Kritischen Synode« sprach am letzten Beratungstag der Synode die Studentin Prause/Jugendgast der Synode, und führte u. a. aus: »... Wir sahen unsere Aufgabe darin, mitzudenken und kritisch zu prüfen, in welcher Form und mit welchem Ernst die Fragen der Jungen Generation nach der Zukunft der Welt und auch der Kirche in die Sacharbeit einbezogen werden würden. Dass die Synode der EKD sich mit diesem Thema befasst hat, hat uns Grund zu großen Erwartungen gegeben. Nun sind wir betroffen über die Diskrepanz zwischen der Herausforderung des Themas und den Möglichkeiten der Synode. Daraus resultiert unsere Frage, ob nicht ganz neue Voraussetzungen in der Struktur der Synode und der Zusammenarbeit der Kirchen geschaffen werden müssen, damit ein wirklicher Beitrag geleistet werden kann ...« Die Synode wurde mit einem Schlusswort des Ratsvorsitzenden, Bischof Dietzfelbinger/München, das keine politischen Aspekte enthielt, beendet.

Diese Information darf im Interesse der Sicherheit der Quellen nicht öffentlich ausgewertet werden (außer den Passagen, die in westlichen Publikationsorganen eine Rolle gespielt haben).

*Anlagen*⁵³

1. 2 Flugblätter der »Kritischen Synode« (2 Blatt)
2. Vorlage der »Kritischen Synode« zum Thema des Ausschusses 4 (3 Blatt)
3. Antrag des Ausschusses 4 »Zukunft der Kirche – Zukunft der Welt« (6 Blatt)
4. Antrag des Ausschusses 4c »Der Dienst der Kirche in den Gliederungen der Gesellschaft« (2 Blatt)
5. Antrag des »kulturpolitischen Ausschusses« (1 Blatt)
6. Wort der »Jungen Generation« (1 Blatt)
7. Stellungnahme der Jungen Generation zur Synode (3 Blatt)

1

Das Evangelische Johannisstift in Berlin-Spandau ist eine 1858 von Johann Heinrich Wichern gegründete diakonische Einrichtung.

2

Vgl. Information [1112/68](#).

3

Gustav Heinemann, Jg. 1899, Jurist, Politiker, 1945–52 CDU, 1945–55 Präses der EKD, 1949–50 Bundesinnenminister, 1952 Mitbegründer der

Gesamtdeutschen Volkspartei, 1957 SPD, 1957–69 MdB, 1966–69 Bundesjustizminister, 1969–74 Bundespräsident.

4

Wilhelm Niesel, Jg. 1903, reformierter Pfarrer, 1951–68 Professor an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und Pfarrer in Schöller, Moderator des Reformierten Bundes.

5

André Appel, Jg. 1921, evangelischer Pfarrer, 1965–74 Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes.

6

Charles Westphal, Jg. 1896, reformierter Pfarrer, 1961–70 Präsident der Fédération Protestante de France.

7

Reino Ernst Ottermann, Jg. 1936, Musikwissenschaftler, Präsident der Evangelisch-Lutherische Kirche in Südafrika (Kap).

8

Werner Küppers, Jg. 1905, alt-katholischer Priester, Theologe, 1947–71 Professor für Systematische Theologie an der Universität Bonn.

9

Paul Heinrich Nordhues, Jg. 1915, katholischer Priester, 1961–90 Weihbischof in Paderborn.

10

Hermann Dietzfelbinger, Jg. 1908, evangelischer Pfarrer, 1955–75 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern.

11

Theodor Schober, Jg. 1918, evangelischer Pfarrer, 1963–84 Präsident des Diakonischen Werkes in Stuttgart.

12

Max Kohnstamm, Jg. 1914, niederländischer Historiker und Diplomat, ab 1956 Generalsekretär und späterer Vizevorsitzender des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa.

13

Karl-Heinz Sohn, Jg. 1928, Ökonom, Gewerkschafter, Manager, 1957–66 Angestellter im DGB-Bundesvorstand, 1966–69 Abteilungsleiter bei Krupp, 1969–74 Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

14

Helmut Gollwitzer, Jg. 1908, Theologe, 1957–75 Professor an der FU Berlin.

15

Peter Krusche, Jg. 1924, evangelischer Pfarrer, 1967–68 Leiter des Pastorkollegs der Bayerischen Landeskirche, 1968 Professor für Praktische Theologie an der Universität München, 1983 Bischof für den Sprengel Hamburg der Nordelbischen Kirche.

16

Elfriede Büchsel, Jg. 1921, Kunsthistorikerin.

17

Rudolf Weeber, Jg. 1906, Jurist, 1967–72 Mitglied des Rates der EKD.

18

Auf der ostdeutschen Regionaltagung der EKD-Synode (1. Tagung der 4. Synode) vom 2. bis 7.4.1967 war eine Erklärung verabschiedet worden, die die Einheit der evangelischen Kirchen in Deutschland unterstrich: »Die Kirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland sind beieinander. Unser evangelisches Bekenntnis weist uns an, kirchliche Gemeinschaft nur dann aufzukündigen, wenn der Bruder in Irrlehre oder Ungehorsam gegen den Herrn der Kirche beharrt.« »Wir werden uns gegenseitig so weit freizugeben haben, dass wir unserem Auftrag in dem Teil Deutschlands, in dem wir leben, gerecht werden.« »Die Einheit der Kirche besteht in dem Einen Herrn, der uns in seine Nachfolge berufen hat.« – Erklärung der in Fürstenwalde versammelten Mitglieder der EKD-Synode vom 5. April 1967. In: Henkys, Reinhard: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung. Witten, Frankfurt/M., Berlin 1970 (epd dokumentation; 1), S. 99–101; vgl. Informationen 281/67, 283/67, 285/67, 289/67, 296/67 und 304/67.

19

Gemeint ist die militärische Okkupation der ČSSR durch Truppen der UdSSR, Polens, Ungarns, Bulgariens bei logistischer Unterstützung durch die DDR am 21.8.1968.

20

Gemeint ist der Sechstagekrieg Israels gegen Ägypten, Jordanien und Syrien im Juni 1967.

21

Hanns Lilje, Jg. 1899, evangelischer Pfarrer, 1947 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers, 1955–69 leitender Bischof der VELKD.

22

Martin Niemöller, Jg. 1892, evangelischer Pfarrer, 1933 Mitbegründer des Pfarrernotbundes und 1934 der Bekennenden Kirche, 1938–45

Konzentrationslager Sachsenhausen, später Dachau, 1957 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft, 1961–68 einer der sechs Präsidenten des Ökumenischen Rates der Kirchen.

23

Die 4. Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen (Weltkirchenrat) fand unter dem Motto »Siehe, ich mache alles neu« 1968 in Uppsala statt.

24

Niklot Beste, Jg. 1901, evangelischer Pfarrer, 1946–71 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg, 1954–69 stellv. leitender Bischof der VELKD, 1961–67 Mitglied des Rates der EKD.

25

Julius August Kardinal Döpfner, Jg. 1913, katholischer Priester, 1957–61 Bischof von Berlin, 1958 Kardinal, 1961–76 Erzbischof von München.

26

Werner Hofmann, Jg. 1931, Kirchenjurist, 1965 Oberkirchenrat, 1972–96 Leiter des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Bayern.

27

Walter Kreck, Jg. 1908, reformierter Pfarrer, 1952–73 Professor für Systematische Theologie und Praktische Theologie an der Universität Bonn.

28

Für den Verteidigungsfall, den Spannungsfall, den inneren Notstand und den Katastrophenfall wurde zwischen 1966 und 1968 durch die Große Koalition von CDU und SPD das Grundgesetz dahingehend geändert, dass bestimmte Grundrechte eingeschränkt, bei behinderter Legislative ein Ersatz durch ein Rumpfparlament geschaffen und die Bundeswehr auch im Innern eingesetzt werden durfte. Die Notstandsgesetze wurden gegen erheblichen Widerspruch innerhalb (FDP und eine Minderheit der SPD lehnten es ab) und außerhalb des Parlaments im Juni 1968 beschlossen und in Kraft gesetzt.

29

Benjamin Locher, Jg. 1909, evangelischer Pfarrer, 1958 Direktor des Evangelischen Seminars für kirchliche Dienste (Seminar für Gemeindepflege und Katechetik, Kirchliches Oberseminar für katechetischen Dienst an Berufsschulen, Landeskirchenmusikschule).

30

Kurt Scharf, Jg. 1902, evangelischer Pfarrer, 1961–67, Vorsitzender des Rates der EKD, am 31.8.1961 Ausweisung aus der DDR, 1966–76 Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

31

Gemeinnützige europäische Organisation, die in der Folge des II. Vatikanischen Konzils 1967 von karitativen Organisationen katholischer Kirchen mit Sitz in Belgien gegründet wurde. Ihr Name lautet heute Coopération Internationale pour le Développement et la Solidarité.

32

Vgl. Gollwitzer, Helmut: Die Revolution des Reiches Gottes und die Gesellschaft. Thesenreihen zur Vorlesung im Ss 1968. Stuttgart 1968.

33

Sepp Schelz, Jg. 1917, Journalist, 1965–70 Lehrbeauftragter für Publizistik an der Kirchlichen Hochschule Berlin, Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums Berlin, Pressesprecher der Berliner Landeskirche.

34

Walter Hammer, Jg. 1924, Jurist, 1966–89 Präsidenten der Kirchenkanzlei der EKD.

35

Erwin Wilkens, Jg. 1914, evangelischer Pfarrer, 1964 Mitarbeiter der Kirchenkanzlei der EKD, 1974 deren Vizepräsident.

36

Eberhard Klages, Jg. 1930, Journalist.

37

Friedrich-Wilhelm Krummacher, Jg. 1901, evangelischer Pfarrer, 1955–72 Bischof der Pommerschen Evangelischen Kirche in Greifswald, 1960–68 Vorsitzender der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, 1961 Mitglied des Rates der EKD.

38

Gerald Götting, Jg. 1923, CDU-Funktionär, 1966–89 Vorsitzender der CDU, 1960–89 stellv. Vorsitzender des Staatsrates der DDR.

39

Im Original: »Zylinski«. Hans Zielinski, Jg. 1913, Journalist, 1964–78 erster politischer Redakteur des SFB.

40

Moritz Mitzenheim, Jg. 1891, evangelischer Pfarrer, 1947–70 Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche Thüringen.

41

Gerhard Bassarak, Jg. 1918, evangelischer Pfarrer, 1957–66 Studienleiter der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg, 1959 Mitarbeiter der CFK, 1963–76 dort internationaler Sekretär.

42

Hanfried Müller, Jg. 1925, evangelischer Theologe, 1958 Gründer des Weißenseer Arbeitskreises, eine die SED-Herrschaft unterstützende Gruppe innerhalb der evangelischen Kirche, 1964 Professor für systematische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 1954 inoffizieller Mitarbeiter des MfS.

43

Seit Juli 1967 führte die nigerianische Regierung einen blutigen Krieg gegen Sezessionisten, die den ölreichen Südosten des Landes als Republik Biafra abgespalten hatten. Der international nicht anerkannte Staat wurde einer vollkommenen Blockade unterworfen, die vor allem die Zivilisten traf. Die desaströse Hungersnot rief zahlreiche Hilfsaktionen des Auslands hervor, an denen sich die DDR indes nicht beteiligte, da sie die Position der OAU über die Unantastbarkeit der postkolonialen Grenzen unterstützte. Vgl. auch Information 769/68 v. 19.7.1968 über einige innen- und außenpolitische Aspekte zum Konflikt Nigeria – Biafra; BStU, MfS, HV A 132, Bl. 169–171.

44

Richard von Weizsäcker, Jg. 1920, CDU-Politiker, 1964–70 und 1979–81 Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentags, 1984–94 Bundespräsident.

45

Die 4. Vollversammlung des ökumenischen Rates der Kirchen (Weltkirchenrat) fand unter dem Motto »Siehe, ich mache alles neu« 1968 in Uppsala statt. Vgl. auch Information 1151/68 über die Einschätzung der IV. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Uppsala/Schweden durch westdeutsche Regierungskreise; BStU, MfS, HV A 136, Bl. 120–126.

46

Am 31.1.1968 präsentiert Walter Ulbricht vor der Volkskammer den Entwurf einer neuen Verfassung der DDR, die zu erarbeiten auf dem VII. Parteitag der SED beschlossen worden war. Ulbricht appellierte an die Bevölkerung, den Entwurf zu diskutieren, bevor er am 6.4.1968 durch eine Volksabstimmung beschlossen werden sollte. Vgl. Von Walter Ulbricht vor der Volkskammer als Entwurf begründet: Die Verfassung des sozialistischen Staates deutscher Nation. In: ND v. 1.2.1968, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19680201-0-1-1-0> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

47

Eugen Gerstenmaier, Jg. 1906, Theologe und CDU-Politiker, 1949–69 MdB, 1954–69 Präsident des Deutschen Bundestages.

48

Götting, Gerald: Aus dem Referat des Vorsitzenden der CDU. In: Neue Zeit, 3.10.1968, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2612273X-19681003-0-1-8-0> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

49

Der 12. Parteitag der CDU fand vom 2. bis 5. Oktober 1968 in Erfurt statt.

50

Hans Seigewasser, Jg. 1905, SED-Funktionär, 1960–79 Staatssekretär für Kirchenfragen.

51

Seigewasser, Hans: Ein Wort, das zum Programm wurde. Die gemeinsame humanistische Verantwortung verbindet uns alle. In: Neue Zeit v. 2.10.1968, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2612273X-19681002-0-7-246-0> (letzter Zugriff: 1.7.2018).

52

Martin Schutzka, Jg. 1908, evangelischer Pfarrer, 1959–60 kommissarisch, ab 1961 nur für die Westsektoren Propst der Abteilung Berlin des Evangelischen Konsistorium der Evangelischen Kirchen Berlin-Brandenburg.

53

Die Anlagen sind in der Ablage der ZAIG nicht überliefert.